Nr. 40 19. Jahrg. Mittwoch, 18. Februar 1920

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Fernsprecher 21 366
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 6.90 M. Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.35 M. Ausgabe B 6.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen morgens. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.— M, im Reklameteil 2.50 M. Familien-Anzeigen 90 ₰. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Kulturbolschewismus

In der Massenkundgebung der Dresdner Katholiken am letzten Sonntag hat Herr Justizrat Dr. Schrömbgens die Badischen Verordnungen gegen die konfessionelle Schule und gegen den Religionsunterricht als Kulturbolschewismus bezeichnet. Das Wort, das Herr Dr. Schrömbgens für diese Sache geprägt hat, wird bleibenden Wert haben, denn es drückt kurz und trefflich das aus, was seit langem das katholische Volk und darüber hinaus weite christliche Kreise empfinden. Und was das Kultusministerium von heute sich in Fortsetzung des Kulturbolschewismus des Herrn Buck leistet, ist nicht weniger verwerflich und bewegt sich genau in derselben Linie. Nun wird uns vielfach und oft der Einwand gemacht, wir trügen ja letzten Endes Mitschuld an diesen Verhältnissen, weil das Zentrum im Reiche mit den Sozialdemokraten in einer Regierung sitze. Ja, ein Anonymus schrieb uns gestern, er spreche als Teilnehmer der Sonntagsversammlung dem Herrn Justizrat Dr. Schrömbgens die Berechtigung aus diesem Grunde ab, von Kulturbolschewismus der Badischen Verordnungen zu sprechen. So lange, so heißt es in jenem seltsamen Schreiben, Herr Dr. Schrömbgens dem Zentrum, ja sogar dem Reichsparteiausschuß des Zentrums angehöre, sei ihm das Recht versagt, so zu sprechen, wie er das am Sonntag in Dresden getan habe. Herr Dr. Schrömbgens wird sich über diese Sorgen des feigen Anonymus nicht den Kopf zerbrechen und wir haben den Wisch gleich anderen anonymen Schreiben der letzten Zeit dem Papierkorb einverleibt. Aber wir würden es doch für verfehlt halten, wenn wir ganz achtlos daran vorübergehen würden. Denn die Verwirrung in manchen Köpfen ist heute eine geradezu ungeheuerliche und die Hetzarbeit der schwerindustriellen und alldeutschen Presse beginnt ihre recht traurigen Früchte zu tragen. Wie oft ist an dieser Stelle schon gesagt worden, daß die Koalition im Reiche mit der Gegnerschaft zur Sozialdemokratie nichts, aber gar nichts zu tun hat, daß diese Gegnerschaft unvermindert bestehen bleibt. Wer die ausführlichen Berichte über den Reichsparteitag des Zentrums wirklich gelesen hat, ist darüber ganz genau im Bilde. Wer, wie das ein anderer Einsender anscheinend tut, natürlich nur Blätter, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" und die „Dresdner Nachrichten" liest, kann kein klares Bild gewinnen. Gerade angesichts des Kulturkampfes in Sachsen ist die Frage so zu stellen, was denn das Zentrum durch seine Politik im Reiche vor allem auf kulturellem Gebiete verhütet hat. Ein Blick in die Reichsverfassung zeigt, daß das sehr vieles ist. Das Zentrum hat durch seine Tätigkeit nicht mehr und nicht weniger verhütet, als daß der Kulturbolschewismus unser Reich überschwemmte. Aber hinter solchen Behauptungen wie der obigen anonymen verbirgt sich oft der versteckte Vorwurf, das Zentrum habe sich zu Unrecht mit der bestehenden Staatsform abgefunden. Es wird daher für die Katholiken, die zum Zentrum stehen und ihm auch die Treue halten, sowohl als auch insbesondere für diejenigen, welche für den Sirenengesang der Wetter heute ein nur allzu geneigtes Ohr haben, von Interesse sein, was der gegenwärtige Primas der katholischen Kirche in Deutschland, Kardinal Bertram, zu dieser Frage sagt. Der Breslauer Kirchenfürst betont in seinem diesjährigen Fastenhirtenbriefe, daß es die katholische Kirche ist, die mit all ihrer Autorität jenen Irrlehren entgegentritt, die im Sozialismus, im Kommunismus und im Bolschewismus enthalten sind. Und er hebt dann weiter hervor und führt es aus, wie die Kirche nicht duldet, daß eine staatliche Allgewalt die Rechte der Familie und die Rechte ihrer eigenen, von Gott verliehenen Autorität mit Füßen tritt. Kardinal Bertram sagt weiter aber folgendes:

„Wenn so die Kirche ihre Stellung, ihre Rechte und ihre Aufgaben unter jeder Staatsform wahrt und verteidigt, so ist sie nichtsdestoweniger die festeste Stütze der staatlichen Ordnung, weil sie ihre Glieder anleitet, um des Gewissens willen und Gottes willen der Obrigkeit in allem Erlaubten zu gehorchen. Auch im modernen Staate ist die Staatsgewalt von Gott, mögen auch die verschiedenen Staatsformen Gebilde der Völker sein. Denn von Gott stammen die Familien und die Völker, von Gott stammen die Grundgesetze ihrer Ordnung; in Gott haben die staatlichen Aufgaben daher ihren Ursprung: um dieses Gotteswillens sollen daher die Einzelnen zur Wahrung der Ordnung mitwirken. Das ist der tiefste Grund der staatlichen Autorität, das ist die Weihe des staatsbürgerlichen Gehorsams. Es bedeutet den größten Verlust für die staatliche Autorität, wenn diese Grundlage des Gehorsams vernichtet wird, und nur noch die Gewalt zur Erzwingung der Unordnung übrig bleibt."

Diese Darlegungen sind die glänzendste Rechtfertigung der Politik der Zentrumspartei in Bezug auf die Stellung zum gegenwärtigen Staate. Glaubt man denn, um von den Laien einmal ganz zu schweigen, daß zum Beispiel ein Theologe von der Bedeutung, wie sie doch der Münsterer Universitätsprofessor Prälat Dr. Mausbach längst vor seinem Eintritt in das Parlament hatte, die Politik des Zentrums im Reiche mitmachen würde, wenn sie nicht richtig wäre. Gerade auch die Politik der Zentrumspartei gibt uns in Sachsen die Mittel in die Hand, um dem Kulturbolschewismus derer um Buck entgegenzutreten.

Wir bekämpfen den Kulturbolschewismus von links, aber wir werden uns durch nichts abhalten lassen, ebenso den auch von der äußersten Rechten nach wie vor mit gleichem Nachdruck zu bekämpfen. Es mögen sich diejenigen, die auf katholischer Seite solchen Stimmen Gehör schenken, keinerlei Täuschung hingeben. Die Gesamtstimmung auf der äußersten Rechten drückt sich in einem Flugblatt aus, das in diesen Tagen verbreitet wurde und in dem es heißt: „Die ultramontane Gefahr wächst!"

Kardinal Bertram sagt in seinem Hirtenbriefe noch folgendes:

„Die Kirche buhlt nicht um die Gunst der Reichen, noch um den Beifall der Massen. Sie tritt dem auf Augenblicklichkeit, Habsucht und Lieblosigkeit gegründeten Mammonismus ebenso entgegen wie sie dem Arbeiter an seine heiligsten Pflichten mahnt. Sie ist es, die mit der Pflicht der Arbeit den Adel der Arbeit verkündet. Als Verbrechen an der Menschheit verurteilt sie feindselige Arbeitseinstellungen und den gegen Gottes Ordnung sich aufbäumenden Klassenkampf. In echt sozialem Empfinden ist sie unablässig bemüht, die Kluft der Gegensätze unter den Ständen zu überbrücken, der Ausbeutung zu wehren, der Schwachen und Hilfsbedürftigen sich anzunehmen, aber auch die heiligen Bande von Autorität und Pietät in der Gesellschaft zu schützen. Auf Gerechtigkeit und Liebe soll das Verhältnis sich aufbauen."

Das sind die Richtlinien, nach denen auch das Zentrum im öffentlichen Leben handelt und gehandelt hat. Niemand wird den Nachweis bringen können, daß es von diesen Grundsätzen auch nur in einem Punkte abgewichen wäre. Eine andere Frage ist allerdings die, ob alle Zentrumsanhänger in Sachsen in den letzten Monaten immer für genügende Aufklärung in diesem Sinne gesorgt haben. Wir verkennen die Schwierigkeiten der Agitation in Sachsen keinen Augenblick, und wir kennen sie wahrhaftig zur Genüge. Wir wissen auch, daß an vielen Orten unsere Parteifreunde rührige und opferfreudige Arbeit geleistet haben. Aber mancherorts ist das noch nicht der Fall gewesen und es scheint uns, daß hier noch vieles nachzuholen ist. Dem Kulturbolschewismus von links und von rechts kann nicht besser entgegentreten werden als durch Aufklärung über die Zentrumspolitik. Nur durch ein starkes Zentrum können wir ihn überwinden, so wie wir speziell in der Schulfrage die Rechte der christlichen Eltern nur dann und nur so lange retten können, als wir in einer starken Zentrumsfraktion im Reichsparlament ein festes Bollwerk besitzen.

Isl.

Englands Politik gegenüber Rußland

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Daß die englische Politik wirklich frei von „Sentiments" und daß sie nur auf den Charakter des Geschäfts zugeschnitten ist, gibt sich auch jetzt wieder in Englands Haltung gegenüber Rußland kund. Der klügste und nüchternste Staatsmann, den England augenblicklich besitzt, Lloyd George, hat dieser Tage im englischen Unterhause eine Rede gehalten, in welcher er sich eingehend mit der Politik Englands gegenüber dem bolschewistischen Rußland befaßte. Nachdem er die verschiedenen Möglichkeiten des Bolschewismus Herr zu werden, besprochen und eine nach der anderen verworfen hatte, kam er auf das Positive mit der Sowjetregierung zum Frieden zu kommen.

Der Plan einer militärischen Intervention oder eines Feldzuges zur Niederzwingung der Bolschewisten ist in dem Augenblicke von England aufgegeben worden, in dem es sich herausstellte, daß mit den Waffen die bolschewistische Macht nicht niedergerungen werden kann. Zum zweiten suchte England einen bewaffneten Ring um Rußland zu schließen, um dadurch, wie Lloyd George so niedlich sagte, den Bolschewismus auszuräuchern. Diese Taktik entspricht vollkommen den Traditionen Englands, das immer dahin strebte, Bundesgenossen zu finden, die für Englands Interessen sich opferten. In diesem Falle sollten es Finnland, die Baltischen Staaten, die Polen, Rumänen, Japaner und die von England ausgehaltenen Truppen Denikins sein. Einer nach dem anderen spreizte sich gegen die ihm zugedachte „Ehre und so fiel auch dieser famose englische Plan zusammen.

Nun aber ist der Bolschewismus in letzter Zeit in immer weiteres Vordringen begriffen und er bedroht in gefährlicher Weise auch schon die englische Machtsphäre in Asien. Selbst bis nach Indien reicht heute schon der bolschewistische Einfluß. Unter diesen Umständen hält man es in England allerdings für ratsam, einen Ausgleich mit dem Sowjetrußland zu suchen. Ohne Gefahr laufen zu müssen, Englands „Prestige" in Mißkredit zu bringen und ohne auch nur den Versuch zu machen, eine Prestige- oder eine sonstige Ehrenfrage für England aufzuwerfen, zieht die englische Politik kühl und nüchtern, aber rücksichtslos klar die Konsequenzen: Einen Handelsnutzgleich oder einen Ausgleichhandel, wie man will, herbeizuführen.

Wie sehr die englische Politik und vor allem Englands Außenpolitik ein Handelsgeschäft ist, hat Lloyd George ganz unverhohlen erkennen dadurch, daß er die Notwendigkeit betonte, gerade aus geschäftlichen und aus Handelsinteressen mit dem sowjetistischen Rußland ins Reine zu kommen. Wörtlich äußerte sich Lloyd George in folgenden bemerkenswerten Ausführungen: Der Handel ist nach meiner Ansicht das sicherste Mittel, die Grausamkeiten, das Plündern und die Greuel des Bolschewismus zu beseitigen. Europa braucht alles dasjenige, was Rußland nur herstellen vermag. Und aus dieser These zog Lloyd George folgenden Schluß: „Es handelt sich nicht um die Anerkennung einer Regierung, sondern es gilt nur Handel zu treiben mit Leuten, die Güter zu verkaufen haben und sie austauschen wollen gegen Güter, die wir ihnen geben können. Wenn das Volk hungrig ist, kann man es nicht ablehnen, in Anwesen Korn zu kaufen, weil ein Pharaone auf dem Throne sitzt."

Hier entrollt sich also Englands außenpolitisches Ziel: sich die Außenwelt unterwürfig und gefügig zu machen, um unter der Vortäuschung wirtschaftlicher Gegenwerte die Wirtschaftsquellen der Länder zu eigenen Interessen nutzbar zu machen. Das europäische Problem hat Lloyd George ganz richtig erkannt, wenn er erklärte, daß die hohen Lebensmittelpreise für die Ruhe und Sicherheit Europas eine Gefahr bedeuten. Es gäbe nur einen Weg: „Wir müssen die Anarchie durch den Ueberfluß bekämpfen." Wie es Lloyd George immer ein Rezept Englands war, mit Zuckerbrot Einzelwesen zu unterwerfen — siehe das Geschick der Buren — so soll diese allerdings in der Praxis sehr bewährte Methode, die zweifellos unter den heutigen Verhältnissen sich mehr als je wirksamst erweisen dürfte, auch dazu herhalten, um einen der weitestgehenden Pläne der englischen Diplomatie, die Durchdringung Europas mit englischem Einflusse auf Grund geschäftlicher Interessen zur Verwirklichung zu helfen.

Was will die sozialstudentische Zentrale (S. Z.) zu Leipzig?

Von Tag zu Tag verschärfen sich die Gegensätze zwischen den einzelnen Berufen und Ständen, während gerade die verzweifelte politische wie wirtschaftliche Lage Deutschlands zu einer einmütigen tatkräftigen Zusammenarbeit hindrängt. Auch im katholischen Volke, ganz besonders in der katholischen Industriebevölkerung in Diasporagebieten droht dieser Gegensatz zwischen den einzelnen Klassen hervorzubrechen, den bisher das Band des gemeinsamen Glaubens immer wieder ausgeglichen hat. Die Ursache dafür liegt im fehlenden gegenseitigen Verständnis. Von oben her passive Haltung, von unten her argwöhnisches Mißtrauen, das sind die Hindernisse, die einem einmütigen Zusammengehen entgegenstehen. Diese Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, ein gegenseitiges Verständnis von Hoch und Niedrig anzubahnen, das ist die vornehmste Aufgabe der sozialpolitischen Zentrale. Sie will alle katholischen Studenten und Studentinnen, die ihr soziales Interesse weiterbilden und vor allem praktisch betätigen wollen, erfassen. Das kommt zum Ausdruck in den drei leitenden Gedanken des Programms, das die sozialstudentische Zentrale anläßlich ihrer Gründung am 7. November 1919 in Leipzig aufstellte.

Die S. Z. Leipzig will

1. den Studenten durch Vorträge von Fachleuten, durch Besichtigungen usw. die nötigen sozialen Kenntnisse vermitteln,
2. praktisch-soziale Arbeit leisten durch Tätigkeit ihrer Mitglieder in der Jugendfürsorge, in Unterrichtskursen in den Berufsvereinen, durch Vorträge usw.,
3. Besserung der sozialen Lage der katholischen Studierenden selbst durch Verschaffung von Arbeitsmöglichkeit, von Wohnungen usw.

Dieses Programm kann jedoch nur verwirklicht werden, wenn alle katholischen Kreise, besonders in der sächsischen Diaspora, der Arbeit der S. Z. Verständnis und tatkräftige Unterstützung entgegenbringen, besonders durch einhaltloses Gewähren von Betätigungsmöglichkeit. Aber jeder katholische Student, der Interesse an theoretischer wie praktischer sozialer Arbeit hat, der wende sich zwecks näherer Auskunft eingehend an die Sozialstudentische Zentrale (S. Z.) Leipzig-Gohlis, Marwitzstraße 11, 1. Stock.

Die Antwort der Alliierten

Paris, 16. Februar. Die Alliierten veröffentlichen folgenden Text der nach Berlin abgegangenen Note.

Die Verbündeten haben die Ausführungen der Münchener geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde und in der die gewaltigen Folgen sowohl wirtschaftlicher wie politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 und 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen usw. für die Durchführung des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 sich ergeben würden. Die Mächte stellen unächst fest, daß Deutschland erklärt, außerstande zu sein, die für es aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages sich ergebenden Verpflichtungen einzugehen.

Sie behalten sich vor, das ihnen aus dem Vertrage zustehende Recht in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, wie es ihnen zweckmäßig erscheint. Unter dieser Voraussetzung nehmen sie Kenntnis von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie bereit ist, vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den notwendigen Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die verbündeten und assoziierten Mächte zu verlangen beabsichtigen.

Die von der deutschen Regierung [illegible] unverzüglich in die Hand zu nehmenden Strafverfahren in Leipzig mit der Durchführung des Artikels 228 des Friedensvertrages ausdrücklich am ersten Tage des ersten Monates dieses Artikels eröffnen. Gemäß dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages müssen die Verbündeten sich hier [illegible] in der Verfolgung und das Urteil [illegible] Regierung ihre volle und ganze Verantwortlichkeit [illegible] behalten sich vor, an Hand der Ergebnisse der ersten Leipziger Deutschlands, die Verantwortlichkeit der besonderen Verbrechen durch Deutschland und den entsprechenden Wunsch an seine Verteidiger mitzuwirken, zu bestimmen. Sie werden [illegible] eine deutsche Regierung, die sich [illegible] erklärt hat, die Schuldigen zur Aburteilung zu schaffen und den Verbrechern zu [illegible] nicht [illegible] ist, sie selbst vor dem Reichsgericht [illegible].

Gleichzeitig haben die Verbündeten [illegible] Gerichtshöfen zum Durchlauf [illegible] bestimmen, eine [illegible] alliierte, gemischte Kommission zu [illegible] Ort [illegible] und im einzelnen die Tatsache eines jeden Falles durch die Unterlassung der Verbündeten festgestellt wurde, zu konstatieren, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich haben die Verbündeten [illegible] zu erklären, daß das Verfahren vor einem Gerichtshofe, der die [illegible] Personen wurden in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages [illegible] sich das Recht vor, zu prüfen, ob das [illegible] Verfahren, daß nach Deutschlands Bestimmung der Angeklagten [illegible] Rechtsgarantien bieten soll, [illegible] Schuldigen der [illegible] Verbrechen zu [illegible]. Die Verbündeten werden in einem solchen Falle [illegible] wenn die Mächte [illegible] eigenen Gerichte stellen. ges. Lloyd George.